

Das österreichische Problem.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

* Wien, 20. Juni. |

Die Krise dauert fort, doch scheint es heute fraglich, ob das Kabinett bleibt, denn die Forderungen der Polen enthalten zwei für die Regierung angeblich unannehmbar Punkte. Der Zivilstatthalter für Galizien als Landmannminister und der Uebergang des Justizportefeuilles aus den Händen des den Polen mißliebigen polnischen Freiherrn von Szent in die Hände eines anderen Polen erscheint der Regierung möglich. Aber ihr altes Streben nach dem Eisenbahn- und Handelsportefeuille erscheint aus mancherlei Gründen unannehmbar. Graf Clam-Martinic hat sich hierüber bereits erklärt und ihnen als Ersatz das Ackerbauministerium vorgeschlagen. Daß die Polen im Handelsministerium herrschen wollen, ist bei ihren ausgedehnten wirtschaftlichen Wünschen in Galizien sehr begreiflich. Und die Eisenbahnen möchten sie aus Aerger über den bekannten Erlaß des Freiherrn von Forster kontrollieren, der vor zwei Jahren, während des galizischen Sieges, für alle Bedienstete der Bahnen die Kenntnis der deutschen Sprache als unerlässlich erklärte, weil nicht nur die niederen, sondern auch die leitenden Beamten in Galizien sich mit den Organen der Heeresverwaltung in wichtigen Fällen nicht hätten verständigen können.

Zum Verständnis der Haltung des Polenklubs ist übrigens eine offiziöse Erklärung wichtig, die die Plötzlichkeit ihrer Haltung zu entschuldigend geeignet erscheint. Danach haben sie schon am 15. Mai den bekannten Oppositionsbeschluß gefaßt; aber die Regierung hat ihn die ganze Zeit über ignoriert und erst wenige Tage vor der ersten Sitzung Verhandlungen angeknüpft.

Ueber die möglicherweise tiefen Folgen der Krise unterrichten mehrere Erklärungen, in denen sich die Polen jeder neuen Regierung gegenüber volle Freiheit vorbehalten, da ja in der alten Regierung noch fünf Minister des Stürggh'schen Kabinetts Platz gefunden hätten; ferner ihre Erklärung, daß die gegenwärtigen Verhandlungen mit den anderen Parteien zu keinerlei Verpflichtungen führen dürften. Andererseits haben sie an den Beratungen der slawischen Klubmänner nicht teilgenommen, um sich an keine Partei zu binden und sich nicht an den slawischen Klub anzuschließen. Als der Tschechenobmann in einer Sitzung aller nichtdeutschen Parteien ersuchte, eine geschlossene Linie gegen jeden Versuch einer Neubildung des alten Ministeriums zu bilden, bedeutete diese Absage der Polen eine große Enttäuschung; eine zweite kleinere bot auch das Verhalten der „Unio Latina“, die sich vorsichtig zurückzog. Hier ruht ein Symptom für eine Verständigung. Die Tschechen andererseits verschärften aber ihre ohnehin scharfe oppositionelle Haltung, indem sie in ihrer Presse erklärten, daß sie ohne die Lösung der Frage der verurteilten Abgeordneten und ohne Einstellung der Verfolgung in keinem Falle mit der Regierung reden würden. Die Deutschen sind gegen den slawischen Gedanken eines besonderen Kabinetts der Nationen und betonen mit Recht, der gegenwärtige Augenblick sei ungeeignet. Jetzt müsse man nur rasch und möglichst ohne Reibung das Budget sichern. Sollten die Polen doch noch zu gewinnen sein, so müßten die Deutschen mit ihnen und mit der Unio Latina das Budget sichern.

* Wien, 20. Juni.

Um die Mittagsstunde zeigten sich Zeichen einer Entspannung und man fängt an, mit einer günstigen Lösung der Krise zu rechnen, wenn das Zusammenleimen eines schwachen Ministeriums als günstige Lösung bezeichnet werden kann. Im Budgetausschuß, der seine Arbeit wieder aufgenommen hat, und ohne Pause über die Mittagsstunde weiterverhandelt, als wäre nichts vorgefallen, hat soeben der tschechische Sozialist Tomajchel in einer Art gesprochen, die auf eine Neigung zur Verständigung zwischen der Regierung und den Polen schließen läßt. „Statt von Grund auf den Neuaufbau des Staates mit einem völlig neuen

Kabinett zu beginnen,“ sagt der Tscheche, „näher man sich soeben wieder einer neuen Vereinbarung, die nichts verwirklicht als die Forderung des Tages.“

Mit Bestimmtheit verlautet, die Polen hätten sich mit den zwei Portefeuilles zufrieden gegeben, die ihnen die Regierung anbietet und als welche das Justiz-, Ackerbau- oder Arbeitsministerium, keinesfalls aber Eisenbahn und Handel in Betracht kommen. Forster wird bei diesem Revirement gehen. Ferner hat sich die Regierung mit einem polnischen Zivilgouverneur für Galizien einverstanden erklärt und als solchen sollen die Polen Bobrzynski namhaft gemacht haben, der diese Stelle vor Jahren bekleidete und der bis zu diesem Frühjahr Landmannminister im gegenwärtigen Kabinett gewesen ist. Schließlich sollen die auf eine Milliarde gestiegenen Forderungen der Polen zu dem Wiederaufbau Galiziens bewilligt werden. Eine andere, noch unkontrollierbare Fassung behauptet, Graf Clam-Martinic habe — vielleicht unter dem Drucke der Parlementsrede und der Presse, die die Allgemeinheit seiner Antrittstabelle — die Neuorientierung in Verfassungsfragen in Aussicht gestellt.

Emil Ludwig.